



BVE e.V. · Claire-Waldoff-Straße 7 · 10117 Berlin

Bundesministerin für Wirtschaft
und Energie
Frau Katherina Reiche
Scharnhorststraße 34-37

10115 Berlin

per E-Mail: ministerbuero@bmwe.bund.de

Claire-Waldoff-Straße 7
10117 Berlin
Telefon +49 30 200786-0
info@ernaehrungsindustrie.de
www.ernaehrungsindustrie.de

Büro Brüssel
Avenue des Nerviens 9-31
1040 Brüssel
Telefon +32 2 5081079

Christoph Minhoff

10.08.2026

Neue Zuckersteuer gefährdet Mittelstand und Standort - Frau Bundesministerin, stoppen Sie diese Belastung!

Sehr geehrte Frau Bundesministerin,

die Bundesregierung plant die Einführung einer erweiterten Zuckersteuer auf Getränke, möglicherweise unter Einbeziehung von Süßstoffen und weiteren Getränkekategorien. Wir appellieren an Sie als Bundeswirtschaftsministerin: Setzen Sie sich dafür ein, dass die Bundesregierung von diesem Vorhaben Abstand nimmt.

Eine solche Steuer wäre ein schwerer wirtschafts- und standortpolitischer Fehler. Sie würde Verbraucher zusätzlich belasten, den bürokratischen Aufwand für Unternehmen und Bundesverwaltung massiv erhöhen und insbesondere kleine und mittelständische Hersteller in einer ohnehin äußerst schwierigen Lage treffen. Ein gesundheitlicher Nutzen, der diese weitreichenden Eingriffe rechtfertigen könnte, ist dagegen nicht belastbar nachgewiesen.

Mehr als 300 Unternehmen der deutschen Getränkewirtschaft haben bereits in einem gemeinsamen Branchenbrief vor den Folgen gewarnt. Darunter befinden sich zahlreiche regional verwurzelte Familienbetriebe, Mineralbrunnen, Brauereien sowie Hersteller von Fruchtsäften und Erfrischungsgetränken. Die Unternehmen bringen ihre Lage in einem Satz auf den Punkt: „Unsere Betriebe brauchen in außergewöhnlich fordernden Zeiten Verlässlichkeit und eine Perspektive für die Zukunft, keine neuen Belastungen.“

Die Betriebe stehen seit Jahren unter erheblichem Druck. Energie, Logistik, Verpackungen und Personal haben sich verteuert. Zugleich belasten Konsumzurückhaltung und die anhaltende Krise der Gastronomie die Umsätze. Viele Unternehmen verfügen weder über große Steuerabteilungen noch über umfangreiche finanzielle und administrative Reserven. Eine neue Verbrauchsteuer würde genau jene mittelständischen und regionalen

Strukturen treffen, die Beschäftigung, Ausbildung, Wertschöpfung und Produktvielfalt in vielen Regionen Deutschlands sichern. Hinzu kommt ein unverhältnismäßiger bürokratischer Aufwand. Die Steuer müsste produktbezogen nach Zolltarifnummer, Rezeptur und Zuckergehalt ermittelt werden. Die Unternehmen müssten zahlreiche Produkte mit unterschiedlichen Rezepturen, Zuckergehalten und Absatzwegen erfassen, steuerpflichtige Inlandsmengen von Exporten abgrenzen, Steuerkonten führen und ihre Angaben gegenüber dem Zoll dokumentieren. Rezepturänderungen, neue Sorten und saisonale Produkte würden fortlaufend neue Prüfungen auslösen.

Auch der Bund müsste einen erheblichen neuen Verwaltungsapparat aufbauen. Nach Einschätzung der Deutschen Zoll- und Finanzgewerkschaft wäre zunächst ein neues IT-Verfahren zu entwickeln und zu erproben. Alle betroffenen Hersteller müssten erfasst und mit Steuerkonten ausgestattet werden; zudem müssten die 41 Hauptzollämter entsprechende Strukturen einschließlich eines Außenprüfungsdienstes aufbauen. Die Gewerkschaft schätzt den zusätzlichen Personalbedarf auf rund 300 Mitarbeiter. Allein die Programmierung eines geeigneten IT-Verfahrens benötige üblicherweise etwa ein Jahr – gerechnet ab dem Zeitpunkt, zu dem zumindest klare gesetzliche Eckpunkte vorliegen.

Eine zusätzliche Besteuerung von Süßstoffen würde die Widersprüchlichkeit des Vorhabens noch verschärfen. Die Unternehmen haben erhebliche Summen in zuckerreduzierte und zuckerfreie Alternativen investiert. Süßstoffe waren dabei ein wesentliches Instrument, um Zucker und Kalorien zu reduzieren und zugleich die Akzeptanz der Produkte zu erhalten. Würden zuckerfreie und zuckerreduzierte Getränke ebenfalls besteuert, würde aus der angekündigten Zuckersteuer faktisch eine Steuer auf süß schmeckende Getränke. Unternehmen, die in politisch gewünschte Reformulierungen investiert haben, würden nachträglich bestraft.

Der wirtschaftliche Schaden steht in keinem angemessenen Verhältnis zum behaupteten Nutzen. Die geplante Steuer würde Investitionen bremsen, den Mittelstand belasten, Verbraucherpreise erhöhen und einen neuen Verwaltungsapparat schaffen. Sie steht damit im direkten Widerspruch zu den Zielen, den Standort Deutschland zu stärken und Bürokratie abzubauen.

Sehr geehrte Frau Bundesministerin, die Ernährungsindustrie braucht keine neue Belastung, sondern wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen, Planungssicherheit und Verlässlichkeit.

Wir bitten Sie deshalb eindringlich: Setzen Sie sich innerhalb der Bundesregierung gegen die Einführung einer Zucker- und Süßstoffsteuer auf Getränke ein.

Mit freundlichen Grüßen


Christoph Minhoff
Hauptgeschäftsführer
Bundesvereinigung der Deutschen Ernährungsindustrie e. V.